

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für konstitutionelle Fragen*

**2008/2224(INI)**

26.1.2009

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zum aktiven Dialog mit den Bürgern über Europa  
(2008/2224(INI))

Verfasserin der Stellungnahme (\*): Sylvia-Yvonne Kaufmann

(\*): Assoziierter Ausschuss – Artikel 47 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission zum Thema „Auf den Erfahrungen von Plan D aufbauen“, der die bedeutsame Rolle der interaktiven Kommunikation mit den Bürgern Europas unterstreicht;
2. fordert die Kommission auf, große Zielgruppen in den Dialog einzubeziehen, indem sie Kommunikationspläne auflegt, durch die die Bewohner kleiner Ortschaften und Menschen mit unterschiedlichem Lebensstandard und aus unterschiedlichen Altersgruppen für europäische Themen interessiert werden; schlägt die Annahme eines Zwei-Phasen-Konzepts vor, um den Dialog zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern zu stärken, indem zunächst Informationen zur Verfügung gestellt werden und danach Debatten mit und unter den informierten Bürgern erleichtert werden;
3. stellt erfreut fest, dass die Kommission eine große Anzahl der Ideen, die das Parlament zuvor vorgebracht hatte, berücksichtigt hat, wie etwa Bürgerforen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, eine gewichtigere Rolle für Organisationen der Bürgergesellschaft und ein innovativerer Einsatz der neuen Medien;
4. bedauert, dass trotz der Bemühungen und guten Einfälle der Kommission, um das Wissen der Bürger Europas über europäische Themen zu vermehren und ihr Interesse daran zu steigern, der Erfolg in diesem Bereich sehr mäßig ausgefallen ist, eine Tatsache, die bedauerlicherweise im Referendum in Irland deutlich zum Ausdruck kam;
5. teilt die Auffassung der Kommission, dass die partizipative Demokratie die repräsentative Demokratie vorteilhaft ergänzen kann; betont jedoch, dass die partizipative Demokratie nicht nur darauf beruht, den Bürgern zuzuhören, sondern ihnen auch reale Möglichkeiten zu geben, die Politikgestaltung in Europa zu beeinflussen;
6. weist darauf hin, dass die Institutionen, um obige Ziele zu erreichen, sehr viel offener werden und sich die erforderlichen Konzepte zu eigen machen müssen, um die Bürger und ihre Organisationen in die Lage zu versetzen, sich wirksam in jeder Phase zu beteiligen, wenn über EU-Themen diskutiert wird; stellt ferner fest, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu von den Institutionen verfassten Dokumenten auf einer möglichst breiten Grundlage gewährt werden muss, da dies eine unerlässliche Voraussetzung ist, um Einfluss auszuüben;
7. weist auf die neuen Chancen für partizipative Demokratie hin, die der Vertrag von Lissabon ermöglichen würde, insbesondere die Bürgerinitiative;
8. begrüßt die Tatsache, dass die Kommission die Rolle des Parlaments und der europäischen politischen Parteien unterstützt und dass sie die Notwendigkeit anerkennt, die Kluft zwischen den nationalen Politiken und der europäischen zu überbrücken, insbesondere zu Zeiten des europäischen Wahlkampfs;

9. betont, dass koordinierte Bemühungen und gemeinsame Maßnahmen vonseiten aller EU-Institutionen und Mitgliedstaaten notwendig sind, um mit den Bürgern Europas über europäische Themen zu kommunizieren; begrüßt die gemeinsame politische Erklärung zur Kommunikation, die im Oktober angenommen wurde; erinnert jedoch daran, dass das Parlament eine interinstitutionelle Vereinbarung zur Kommunikationspolitik zwischen allen Institutionen gefordert hat;
10. betont die besondere Rolle der staatsbürgerlichen Bildung als eine bedeutende treibende Kraft für aktive Bürgerschaft; stellt die Notwendigkeit fest, ein aktives Modell der staatsbürgerlichen Bildung zu unterstützen, das jungen Menschen die Chance gibt, sich mit ihren politischen Vertretern auf nationaler Ebene, auf lokaler Ebene wie auch auf europäischer Ebene mit Vertretern von NGO und mit Bürgerinitiativen unmittelbar am öffentlichen Leben zu beteiligen; schlägt vor, dass die Kommission Pilotprojekte unterstützt, die ein solches Modell der staatsbürgerlichen Bildung in den Mitgliedstaaten fördern;
11. fordert die Kommission auf, die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen ihren Vertretungen in den Mitgliedstaaten und den Informationsbüros des Europäischen Parlaments zu verbessern.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	22.1.2009
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 17 -: 3 0: 1
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Enrique Barón Crespo, Richard Corbett, Jean-Luc Dehaene, Andrew Duff, Anneli Jäätteenmäki, Aurelio Juri, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Timothy Kirkhope, Jo Leinen, Íñigo Méndez de Vigo, Ashley Mote, Adrian Severin, József Szájer, Riccardo Ventre, Andrzej Wielowieyski
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Costas Botopoulos, Panayiotis Demetriou, Roger Helmer, Klaus-Heiner Lehne, Gérard Onesta, Sirpa Pietikäinen, Kathy Sinnott, Mauro Zani